

# Sitzungsvorlage



Nr.:	183/2004
ausgefertigt am:	04.06.2004
Fachamt:	Veterinäramt
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten</li><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## **Resolution des Landkreises Cuxhaven zu den Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven** **hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion**

Mit Schreiben vom 03. Juni 2004 hat die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, folgende Resolution zu den Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven zu beschließen:

Die EU-Agrarreform von 2003 und die nationale Umsetzung mit dem vorliegenden vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz fordern Land- und Ernährungswirtschaft insbesondere im Landkreis Cuxhaven seit Beginn der Gemeinsamen EU Agrarpolitik (GAP) die größten Anstrengungen zur Anpassung ab. Der Landkreis Cuxhaven ist nicht nur stark landwirtschaftlich geprägt, sondern darüber hinaus im Besonderen die Region mit der höchsten Milcherzeugungsdichte in Deutschland. Auf Niedersachsen bezogen werden auf nur 5% der Nutzfläche mehr als 11% der Milchmenge erzeugt. Diese Daten lassen es bereits auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, dass eine besondere Betroffenheit durch die GAP-Reform die Region kennzeichnet. Zur Umsetzung der Reform ist vorgesehen, nicht das durch Brüssel vorgeschlagene Betriebsmodell mit einem Referenzzeitraum von 2000 – 2002 umzusetzen, vielmehr ist ein Kombi-Modell vorgesehen. Bereits ab 2007 sollen neben den Sonderprämien für männliche Rinder und der Mutterkuhprämie auch die Ausgleichzahlung für die Milch schrittweise in die Flächenprämie überführt werden. Ab 2012 soll es schließlich nur noch eine einheitliche Flächenprämie geben.

Damit besteht die Gefahr von erheblichen Strukturbrüchen, Verlusten von Marktanteilen und Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sowie im vor- und nachgelagerten Bereich. Dies gilt insbesondere für die Milch- und Rindfleischproduktion. Das neue Prämiensystem begünstigt eher die Aufgabe der Agrarproduktion als die aktiv wirtschaftenden Betriebe.

Statt die in den Luxemburger Beschlüssen enthaltenen Möglichkeiten zugunsten der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft zu nutzen, werden im Gesetz die jeweils schlechtesten Optionen gewählt. Insbesondere die leistungsstarken Vieh haltenden Betriebe, die hohe Investitionen in der Vergangenheit getätigt haben und dementsprechend mit einem hohen Kapitaldienst belastet sind bzw. sich weiterentwickeln wollen, werden einseitig benachteiligt.

Der deutsche Sonderweg einer überproportionalen Umverteilung der Prämienmittel zwischen den Ländern und Betrieben führt zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber den Landwirten in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass die Aufgabe der Landwirtschaft in benachteiligten Regionen beschleunigt wird.

Die Verteilung der Ackerbauprämien ab 2005 sowie der Milch- und Tierprämien ab 2007 auf die Fläche sind so nicht zu akzeptieren. Die Betriebe brauchen längere Übergangszeiten, ansonsten wird sich das Gesicht der deutschen Landwirtschaft, des ländlichen Raumes und der Landschaft drastisch ändern. Im Milchsektor, der im besonderen Maße erhebliche Belastungen bis zur Existenzgefährdung erleiden wird, müssen die ohnehin zu geringen Ausgleichsprämien bis 2013 aus der Umverteilung herausgenommen werden. Ebenso gilt es Brüche für die Ackerbaubetriebe zu vermeiden. Die Einbeziehung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in die künftige Prämiengewährung bei gleich bleibenden Prämienplafonds führt zu erheblichen

Einkommensverlusten bei den Ackerbauern. Auch extensiv wirtschaftende Betriebe, wie z. B. Mutterkuhhalter, verlieren einen erheblichen Teil des ihnen bisher zustehenden Prämienvolumens.

Die vorgesehene 1,5-prozentige Kürzung des Prämienvolumens zur Bildung einer nationalen Reserve geht zu Lasten der wirtschaftenden Betriebe. Die Problematik des Flächenerwerbs für gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, deren Aktivitäten zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Grundstückverkehrs beitragen, ist im Gesetz in keiner Weise berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen mit sachfremden Erwägungen eine Verknüpfung der künftigen Direktzahlungen mit unangemessenen Bewirtschaftungsauflagen (Cross Compliance) mit initiiert. Dieses überbordende bürokratische System führt zu einer Doppelbestrafung der Landwirte im Fall der Zuwiderhandlung. Das vorhandene Fachrecht sieht bereits ausreichende Ahndungsmöglichkeiten vor. Es besteht die Tendenz, die in EU-Verordnungen vorgesehenen Regelungen zu Cross-Compliance zu verschärfen.

Ein weiterer Wettbewerbsnachteil besteht darin, dass einige der EU-Bewirtschaftungsvorschriften in Deutschland bereits verschärft umgesetzt sind. Dies birgt auch die Gefahr in sich, dass bei solchen Verschärfungen die Voraussetzungen für die Fortführung von Agrarumweltprogrammen und der Gewährung von Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete seitens der Länder entfallen. Die Einvernehmensregelung zu Gunsten des Bundesministeriums für Umwelt erschwert den Erlass der Durchführungsbestimmung und führt verstärkt zu sachfremden Regelungen. Hier muss es zu Benehmensregelungen kommen.

Bei Umsetzung dieser Pläne verlieren die Rindermäster und die Milcherzeuger bereits ab 2007 einen erheblichen Anteil Ihrer einzelbetrieblichen Ausgleichszahlungen. Die Einkommenssituation dieser Betriebe ist die bei den jetzigen Milch- und Fleischpreisen bereits ungenügend. Der Landkreis Cuxhaven wäre angesichts der o. g. Milcherzeugungsdichte massiv betroffen und einer Verwerfung seiner landwirtschaftlichen Strukturen mit entsprechenden Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Bereiche Preis gegeben.

So wird die Wirtschaftskraft der Region also regelrecht abstürzen. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven verlieren bei einer einheitlichen Flächenprämie jährlich über 9,15 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen. Weitere rund 17 Millionen Euro fehlen den Landwirten durch die nicht ausgeglichenen 50% der bevorstehenden Milchpreissenkung. Diese insgesamt 26 Millionen Euro fehlen nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem gesamten Wirtschaftskreislauf im Landkreis Cuxhaven. Bedenken Sie deshalb auch bitte, mit welchen negativen Auswirkungen der bekanntermaßen strukturschwache Elbe-Weser Raum durch Ihre nationale Rechtssetzung über die Vorgaben der EU hinaus zu kämpfen hätte.

Auch die Ackerbaubetriebe in der Marsch werden mit dieser Reform ein zweites Mal benachteiligt werden. Schon die Agrarreform 1992 hatte zur Folge, dass der politisch diktierte Preisrückgang nur zur Hälfte durch Ausgleichszahlungen ausgeglichen wurde. Mit der Einstufung in die Region 7 wurde den Betrieben eine denkbar schlechte Ertragsregion zugeteilt.

Bei der jetzigen Agrarreform sind bereits alle Ackerflächen mit Prämien erfasst. Anderes gilt für die Zuckerrübengebiete, die nicht nur in einer besseren Ertragsregion mit seit 12 Jahren deutlich höheren Hektarprämien liegen, sondern nunmehr für ihre Flächen auch noch eine Ausgleichszahlung erhalten. Den Anspruch auf Ausgewogenheit erfüllt das nicht.

Unter Berücksichtigung dieser ruinösen Folgen und um Schlimmeres zu verhindern, käme das Kombi-Modell nur dann in Betracht, wenn die Bindung der Ausgleichszahlungen für Milch, männliche Rinder und Mutterkühe bis 2012 an die erzeugenden Betriebe erhalten bliebe. Natürlich wäre auch diese Lösung kritisch zu sehen, aber die Betriebe erhielten zumindest Zeit, um sich im Hinblick auf ihre intensiven Investitionen in den vergangenen Jahren umzustellen oder gegebenenfalls sich auf neue Aufgaben vorzubereiten und der Schaden für die Region könnte begrenzt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landkreis Cuxhaven die niedersächsische Landesregierung, die Bundesregierung und den Bundestag auf, das Gesetz in wesentlichen Punkten wie folgt zu ändern und

1. das vorgesehene Modell zur Prämiengewährung wie folgt zu gestalten:

- Die Milchprämie zu 100 Prozent betriebsindividuell bis 2013 zuzuweisen.
- Die übrigen Direktzahlungen ab 2005 zu 35 Prozent in einen einheitlichen Sockelbetrag für alle Acker- und Grünlandflächen zu überführen.

- 65 Prozent der Direktzahlungen – außer Milchprämie – ab 2005 betriebsindividuell zu gewähren.
  - Die betriebsindividuell zugewiesenen Direktzahlungen zur Vermeidung von Strukturbrüchen möglichst spät bis 2013 in eine regionale Einheitsprämie zu überführen.
2. Die 1,5-prozentige Kürzung des Prämienvolumens zur Bildung einer nationalen Reserve auf 1 Prozent zu ermäßigen.
  3. Die Einvernehmensregelung zu Gunsten des Bundesministeriums für Umwelt zum Erlass von Durchführungsvorschriften im Gesetzentwurf zu streichen.
  4. Die „Cross-Compliance-Vorschriften“ in nationales Recht eins zu eins umzusetzen.
  5. Das Umbruchverbot für Grünland in ein Erhaltungsgebot umzuwandeln und flexibler zu gestalten.
  6. Die laufenden Agrarumweltprogramme sowie die Ausgleichszulage der Länder weiter zu ermöglichen.
  7. Für die Siedlungsgesellschaften das Problem des Erwerbs von Prämienrechten angemessen zu lösen.
  8. Die Kontrolle und Sanktionierung dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen EU-Ländern führen.
  9. Die Bundesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Modulationsmittel den wirtschaftenden Betrieben zugute kommen.
  10. Auf EU-Ebene muss die Bundesregierung sich dafür einsetzen, folgende Systemwidersprüche zu beseitigen:
    - Die Beibehaltung der Stilllegungsverpflichtung im EU-Recht widerspricht dem System der Beihilfenentkopplung und muss deshalb gestrichen werden.
    - Die Flächenbeihilfe für Eiweiß- und Energiepflanzen muss in das künftige Prämiensystem mit einbezogen werden.

In Vertretung

Gestering